

Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Aneignung

Demokratisierung durch gesellschaftliches Eigentum und partizipative Planung

CHRISTIAN ZELLER

Einleitung

Die 2008 begonnene weltweite Wirtschaftskrise offenbart die Unfähigkeit des finanzdominierten Kapitalismus, ein stabiles Wachstum zu generieren. Die seit Ende der 70er Jahre durchgesetzten neokonservativen und neoliberalen Gegenreformen dienten vor allem dazu, die Klassenherrschaft des Kapitals zu bekräftigen und den Lohnabhängigen eine umfassende Umverteilung des erarbeiteten Reichtums zugunsten der Kapital- und Vermögensbesitzer abzurufen. Seit einigen Jahren, und besonders seit der jüngsten Krise, haben neoliberale Konzepte stark an Glaubwürdigkeit verloren. Zudem haben die sozialliberal gefärbten Modernisierungsversuche des Kapitalismus Schiffbruch erlitten. Aber auch antikapitalistische und sozialistische Entwürfe haben ihre Glaubwürdigkeit unter weiten Teilen der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Metropolenländern eingebüßt. Die Linke hat das Scheitern der staatlichen Kommandowirtschaften und den Zusammenbruch der mit diesen verbundenen bürokratischen Diktaturen vor zwanzig Jahren noch nicht wirklich verarbeitet.

Diese Schwierigkeiten haben einen zögerlichen Suchprozess nach neuen Konzepten ausgelöst. Vermehrt wird wieder über Ideen und Konzepte der Demokratisierung der Wirtschaft diskutiert wird (u. a. Bontrup 2006a; Demirovic 2006; Schuler 2010). Exponenten von Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE haben wiederholt verlangt, das Modell der Mitbestimmung auszudehnen und die Lohnabhängigen in unternehmerische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die Vorschläge für Wirtschaftsdemokratie orientieren sich zumeist an den Debatten der frühen 70er Jahre, die wiederum Konzepte aus der Weimarer Republik aufgegriffen haben (siehe den Beitrag von Stefan Müller in diesem Heft). Verfolgten die Autoren dieser Konzepte anfänglich noch eine reformistische Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus, so gehen die jüngeren Beiträge kaum mehr über die Forderung nach einer bescheidenen demokratischen Einflussnahme auf die Wirtschaft hinaus.

Revolutionär-sozialistische und rätekommunistische Strömungen greifen auf die Erfahrungen der Pariser Kommune 1871, der Rätebewegungen in Russland 1905 und 1917, in Deutschland 1918 und Katalonien 1936 zurück. Das Konzept der Arbeiterkontrolle dient dabei als strategische Brücke. Weitreichende Kampfformen wie aktive Streiks und Betriebsbesetzungen sollen Erfahrungen und Lernprozesse ermöglichen, die in eine demokratische Kontrolle von Produktionsprozessen durch die Beschäftigten münden. So wichtig und wertvoll diese Erfahrungen und Konzepte sind, ist doch auch zu erkennen, dass sie außer in historischen Ausnahmesituationen keine konkrete Anwendung erfahren haben.

Der vorliegende Beitrag diskutiert Vorschläge für eine Demo-

kritisierung der Wirtschaft und das Konzept der Arbeiterkontrolle in Bezug auf ihr Potenzial einer umfassenden gesellschaftlichen Aneignung der Produktion und Reproduktion. Dabei berücksichtigt er weitere Konzepte und Modelle für eine demokratische Gestaltung der Wirtschaft, die als Antwort auf die neoliberalen Gegenreformen und die Krise der sozialistischen Perspektive in den letzten Jahren formuliert wurden. Die in Frankreich diskutierte Perspektive der *appropriation sociale*, der gesellschaftlichen Aneignung, bietet Anknüpfungspunkte zur Formulierung einer Übergangsstrategie. Jede antikapitalistische Perspektive steht zudem vor der Frage, welche Rolle die Allokationsmechanismen Markt und Plan einnehmen sollen. Jenseits der autoritären staatlichen Kommandowirtschaft und der Vorstellungen von Marktsozialismus bieten die Vorschläge für partizipative Planung nützliche Hinweise für eine sozialistisch-emanzipatorische Perspektive.

Das Ziel des Artikels besteht darin, Anknüpfungspunkte für eine Perspektive umfassender gesellschaftliche Aneignung auszuloten und damit einen Beitrag zur Diskussion über eine Neuformulierung eines emanzipatorischen und sozialistischen Projekts zu leisten. Meine Argumentation erfolgt in drei Schritten. *Erstens* können die Vorschläge zur Demokratisierung der Wirtschaft sowohl der Modernisierung des Kapitalismus dienen als auch nützliche Beiträge für eine Perspektive der antikapitalistischen und emanzipatorischen Transformation der Gesellschaft liefern. Entscheidend ist es, die Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen zu fördern. Die Diskussionen über und Erfahrungen mit Arbeiterkontrolle und Räten bieten hierzu unverzichtbare Impulse. *Zweitens* argumentiere ich im Gegensatz zu den Vorschlägen für Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus, dass sich Wirtschaftsdemokratie und die Herrschaft des Kapitals mit ihrem Privateigentum an Produktionsmitteln gegenseitig ausschließen. Eine umfassende Demokratisierung der Produktion und Reproduktion stellt das private Eigentum an Produktionsmitteln perspektivisch in Frage.

Die Mobilität des Kapitals, also die im Zuge der internationalen Expansion durchgesetzten transnationalen Wertschöpfungsketten, vertikale Desintegration und Offshoring und die Mobilität der Arbeit werfen *drittens* für eine Perspektive der demokratischen gesellschaftlichen Aneignung grundlegende Fragen auf. Eine zentrale Herausforderung ist es zu klären, in welchen räumlichen Maßstäben ökonomische Prozesse entschieden werden. So stellt sich vielfach die Herausforderung, politische und ökonomische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu fällen. Letztlich ist die Struktur der weltweiten Arbeitsteilung selbst eine Frage der Demokratie.

Wirtschaftsdemokratie: Verbindung mit dem Kapital oder Überwindung des Kapitalismus

Wir leben in einer Gesellschaft, die sich demokratisch nennt, in der die Bürgerinnen und Bürger aber nicht einmal in der Lage sind, gemeinsam über so grundlegende Angelegenheiten wie die Produktion und Nutzung von Gütern und Dienstleistungen zu befinden. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft und der Einbeziehung der Lohnabhängigen in die Entscheidungsprozesse ist nahe liegend in einer Gesellschaft, die sich in Eigentümer und Nichteigentümer von Produktionsmitteln spaltet und die die Lohnabhängigen von den Produktionsmitteln und ihrem Produkt trennt.

Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeitswelt

Nach der Barbarei von Faschismus und Zweitem Weltkrieg waren die großen Parteien kurzzeitig von einer kapitalismuskritischen Haltung geprägt. (Zur Entfaltung von Begriff und Konzept der Wirtschaftsdemokratie bis 1952 siehe den Beitrag von Stefan Müller im vorliegenden Heft.) Die CDU forderte im «Ahlemer Programm» 1947 eine «gemeinwirtschaftliche Ordnung». Die SPD

sah gar in einer «Sozialisierung» und «Vergesellschaftung der Wirtschaft» die Lösung um dem Menschen auch in der Wirtschaft zur Würde zu verhelfen. In den Gewerkschaften griff man auf Projekte aus der Spätphase der Weimarer Republik zurück. Doch der Wind drehte schnell. Spätestens mit der Gründung der BRD wurde klar, dass sich das Kapital seine Macht nicht substanziell einschränken lassen wollte. Dennoch musste es einige demokratische und materielle Zugeständnisse machen.

Das 1952 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz mit der so genannten unternehmerischen Drittelparität in Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften mit mehr als 500 Beschäftigten entsprach nicht annähernd den Vorstellungen der Gewerkschaften über Mitbestimmung. Sie konnten ihr Ziel, die paritätische Mitbestimmung auf die gesamte Wirtschaft auszuweiten, nicht durchsetzen. Das heute noch gültige Mitbestimmungsgesetz von 1976 enthält bloß eine Scheinmitbestimmung. Zudem sagen die gesetzlichen Regelungen noch nichts über die Wirklichkeit aus. Tatsächlich hat nur einer kleiner Bruchteil der betriebsratsfähigen Betriebe der Privatwirtschaft auch tatsächlich einen Betriebsrat (Bontrup 2006a: 14ff., 30; Demirovic 2006: 56).

Gegen Ende der 60er Jahre begann das Wachstumsmodell der

Nachkriegszeit erste Anzeichen von Erschöpfung zu zeigen. Im Zuge von Arbeitskämpfen, der Entstehung neuer sozialen Bewegungen und einer wachsenden Kritik an der Herrschaft des Kapitals entwickelten sich zahlreiche Diskussionen über eine Demokratisierung der Wirtschaft. Fritz Vilmar, einer prominentesten Fürsprecher der Wirtschaftsdemokratie, kritisierte die «Unmenschlichkeit der kapitalistischen Ökonomie» und begründete damit die Notwendigkeit einer umfassenden Reformperspektive.

Vilmar argumentierte explizit dafür, kapitalistische Instabilitäten durch zunehmende Planung auszuschalten. Zugleich grenzte er sich scharf von «illusionären» revolutionären Totallösungen ab. Gerade weil die Denkfigur des «erwünschten Ganzanderen» naiv erscheine, müssten «präzise Übergangsstrategien: gradualistische Konzepte der zunehmenden Kontrolle und gemeinwirtschaftlichen Umorientierung der gegenwärtig vorherrschenden Wirtschaftsprozesse so konsequent, lückenlos auf allen Entscheidungsebenen ausgearbeitet und in Gang gesetzt werden, dass sie theoretisch-praktisch akzeptabel erscheinen» (Vilmar 1975a: 8).

Vilmars *Gesamtkonzept einer Demokratisierung der Wirtschaft* schließt sowohl den makroökonomischen Bereich als auch die «Industrielle Demokratie» auf Unternehmensebene ein. Konsequenter verteidigte Vilmar die Industrielle Demokratie gegenüber der bürgerlichen sowie einer konservativen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kritik. Deutlich argumentierte er auch gegen Kritiker von links, die die Industrielle Demokratie nur insofern unterstützten, als sie Gegenmachtbildung beinhaltete. Doch er akzeptierte die Kritik, dass inkonsequente Mitbestimmungs- und Arbeitsbereicherungskonzepte Betriebsräte dazu verführen könnten, sich weiterhin der Rationalität kapitalistischer unternehmenspolitischer Entscheidungen zu unterwerfen (Vilmar 1975a: 17f.).

Vilmar meinte, die damalige keynesianische Wirtschaftspolitik lasse einen fortgeschrittenen Plankapitalismus entstehen. Dessen bereits praktizierte Instrumente der Erfassung, Prognose und Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung könnten in einer wirtschaftsdemokratischen Perspektive aufgegriffen werden – das begreife die undialektische dogmatisch-marxistische Kapitalismusanalyse nicht. Die Schlüsselfrage sei festzusetzen, welche Investitionen vorgenommen werden sollten und wer sie vornehmen soll. Eine Erfolg versprechende sozialistische Strategie bestehe darin, Herrschaftspositionen des Kapitals durch eine konsequent-evolutionäre, konfliktorientierte Gegenmacht-, Planungs- und Mitbestimmungspolitik abzubauen (Vilmar 1975b: 35ff.). Vilmar war sich der «gesellschaftspolitischen Machtfrage» bewusst und er unterstrich die Ernsthaftigkeit seiner reformistischen Perspektive, indem er betonte, dass eine solche Strategie nur zu verwirklichen sei, «wenn sie durch radikale (auch außerökonomische) Kapitalismuskritik, Forderungen nach gemeinwirtschaftlicher Umgestaltung der Wirtschaft und Aktivierung einer Massenbasis begleitet und vorbereitet wird» (Vilmar 1975b: 38, 55).

Auf Kosten maximaler Profitsteigerung sollten die öffentliche und infrastrukturelle Entwicklung weitergetrieben, die Arbeitsbedingungen umfassend verbessert, die Realeinkommen auf hohem Niveau stabilisiert und die Arbeitszeit verkürzt werden. Zentraler Pfeiler der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung war die Investitionslenkung. Hier ging Vilmar in seinen Vorschlägen über die damalige Programmatik der Gewerkschaften hinaus, die über eine global wirkende Kreditpolitik und über Maßnahmen, die auf bestimmte Sektoren und Regionen gerichtet waren (Kredite, Steuern, Abschreibungsbedingungen) privatwirtschaftliche Investitionen indirekt beeinflussen wollten.

Vilmar anerkannte, dass Unternehmen nur bei Garantie einer bestimmten Profitrate investieren, und er akzeptierte auch den durch die internationale Konkurrenz ausgeübten Zwang zu Wachstum und Produktivitätsverbesserungen. In einer großen westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft sah er jedoch eine vorzügliche Grundlage für eine wirtschaftsdemokratische Transformation (Vilmar 1975b: 56).

Die Entwicklung der vergangenen dreißig Jahre zeigt, dass Vilmar und viele seiner Mitstreiter die stabilisierende Wirkung der keynesianischen Steuerungs politik maßlos überschätzt und die sich wiederholt zuspitzenden gesellschaftlichen und ökonomischen Widersprüche unterschätzt haben. Die Durchsetzung der neokonservativen und neoliberalen Gegenreformen war in den 70er Jahren noch nicht erkennbar. Die Vorstellung war, über einen sozialen Kapitalismus mit demokratischer Wohlfahrtsplanung schrittweise eine umfassende gesellschaftliche Transformation in sozialistischer Perspektive durchzusetzen.

Dieses Konzept von Wirtschaftsdemokratie ging von zwei wesentlichen Prämissen aus, die es letztlich unrealistisch machten: *Erstens* wurden Demokratie und Markt als grundsätzlich miteinander vereinbar und nicht als antagonistischer Widerspruch betrachtet. *Zweitens* ging es von der Neutralität des bürgerlichen Staates aus, der über den Klassen stehe. Mit seiner Hilfe könne die kapitalistische Konkurrenz gebändigt, die Wirtschaft – und damit auch die Gesellschaft – graduell transformiert werden. Gesellschaftliche Gegenmacht sei zwar erforderlich, jedoch nicht um die Macht des Kapitals zu brechen, sondern um einen permanenten Druck auf das Kapital auszuüben und auf der Grundlage einer fortschreitenden Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eine Transformation der Gesellschaft einzuleiten.

Demokratisierung und Modernisierung des Kapitalismus

Vor dem Hintergrund der neokonservativen und neoliberalen Gegenreformen und der Durchsetzung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes erscheinen heute die in den 70er Jahren diskutierten Vorschläge zur Demokratisierung der Wirtschaft als verhältnismäßig radikal. Sie waren reformistisch in dem Sinne, dass ihre Autoren davon ausgingen, mit radikalen Reformschritten die Macht des Kapitals substanziell zu beschränken und letztlich in einer antikapitalistischen Perspektive zu überwinden.

Die gegenwärtig diskutierten Modelle bezwecken hingegen den Entwurf einer sozialeren und demokratischeren Konfiguration des Kapitalismus. Das Privateigentum an Produktionsmitteln wird nicht mal mehr perspektivisch und langfristig in Frage gestellt und damit natürlich auch die Macht des Kapitals grundsätzlich akzeptiert.

In einem jüngeren Diskussionsbeitrag gliedert Vilmar sein aktualisiertes Konzept in drei Teilbereiche: Er formuliert für die Makroebene der Volkswirtschaft, die Mesoebene der Unternehmen und die Mikroebene der Arbeitsprozesse Vorschläge, die allesamt kein grundlegendes Reformprojekt, sondern nur noch eine soziale Modernisierung des Kapitalismus beinhalten. Mit der Forderung nach einer «optimalen Einkommens- und Vermögensbeteiligung» schließt er sich sogar jenen Stimmen an, die glauben, auch den finanzdominierten Kapitalismus demokratisch und sozial abfedern zu können (Vilmar 2006: 5).

Noch deutlicher orientiert Bontrup seine Vorschläge auf die Perspektive einer Versöhnung der Demokratie mit dem herrschenden Kapital. Als Antwort auf den Shareholder-Kapitalismus und den «Druck des völlig entfesselten Finanzkapitals» empfiehlt er die

«Rückeroberung einer sozialen Arbeitsgesellschaft». Bontrup orientiert sich primär auf den bürgerlichen Staat. «Der demokratisch legitimierte Staat, die gewählte Politik» muss für Vollbeschäftigung, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit sorgen (Bontrup 2006b: 307).

Auf der Makroebene sollen die Länder in einen Dialog über eine adäquate Finanzpolitik und Geldpolitik treten, um ihrer Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung nachzukommen. Auf der Mesoebene müsse die Unternehmenspolitik gesellschaftliche Ziele einbeziehen. Vor dem Hintergrund der Kapitalkonzentration sei eine Zurückdrängung von Marktmacht notwendig, u. a. durch eine drastische Verschärfung europäischer kartell- und wettbewerbsrechtlicher Vorschriften. Die Lohnpolitik müsse mindestens den verteilungsneutralen Spielraum, also die Produktivitäts- und Inflationsrate ausschöpfen. Auf die Schwäche der Gewerkschaften antwortet Bontrup mit der Forderung nach einer gesetzlichen Pflichtmitgliedschaft der Lohnabhängigen in Gewerkschaften und von Unternehmen in Arbeitgeberverbänden. Zudem sollen der Staat und die Tarifpolitik durch Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungsmodelle eine umverteilende, gerechtere Vermögensbeteiligung unterstützen. Ein wichtiger Reformschritt in Richtung Wirtschaftsdemokratie sei der Ausbau von öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmen. Bontrup vernebelt die Eigentumsfrage mit seiner Interpretation des Begriffs Vergesellschaftung, den er als Nutzung von Produktionsmitteln für gesellschaftliche Ziele und Zwecke, die dem Gemeinwohl dienen, definiert (Bontrup 2006b: 308f.).

Auf der mikroökonomischen Ebene der Unternehmen offenbart Bontrup seine Suche nach einer Versöhnung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital noch deutlicher, wenn er verlangt, dass «das Verhältnis von Arbeit und Kapital in den Unternehmen von der unternehmerischen Ausübung von *Klassenmacht* gegenüber den abhängig Beschäftigten befreit werden» müsse. Das solle über eine uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung von Arbeit und Kapital auf unternehmens- und betriebsbezogener Ebene erfolgen, wozu ein einheitliches neues Mitbestimmungsgesetz nötig sei (Bontrup 2006b: 309).

Bei diesen Vorschlägen für Wirtschaftsdemokratie geht es nicht mehr um eine reformorientierte Gegenmacht zum Kapital und schon gar nicht um eine Überwindung der Kapitalherrschaft. Übrig geblieben sind der Wunsch nach einer Neuauflage keynesianischer Wirtschaftspolitik und einer bescheidenen sozialen und demokratischen Abfederung des Kapitalismus, letztlich also nach einer Modernisierung des Kapitalismus. Drei Schlüsselfragen machen das besonders deutlich.

– Erstens erscheinen die Lohnabhängigen in den Ausführungen Bontrups, aber auch Vilmars, nicht als selbsttätige Subjekte, die bewusst aktiv eingreifen und die wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Sinne beeinflussen wollen. Bontrup spricht sich sogar für eine Pflichtmitgliedschaft der Lohnabhängigen in Gewerkschaften aus, um die Verhandlungsmacht der Gewerkschaftsapparate zu stärken. Die diskutierten Vorschläge für Wirtschaftsdemokratie sind stark vom Repräsentationsprinzip geprägt, ohne von den Betriebsräten wirklich Rechenschaftspflicht gegenüber den Lohnabhängigen einzufordern. Unter den gegenwärtigen Bedingungen würde zudem auch eine Ausweitung von deren Befugnissen die Unterordnung der Lohnabhängigen und den Unternehmensegoismus kaum schmälern (vgl. Demirovic 2006: 85).

– Zweitens wird der bürgerliche Staat als neutrale Instanz gesehen, die maßvoll und mäßigend in die Wirtschaft eingreifen soll.

Nicht die Lohnabhängigen sind es, die selbst und eigenständig handeln, sondern der vorgeblich neutrale Staat soll demokratische Reformen vorantreiben. Es geht deshalb auch nicht darum, wie die Lohnabhängigen und ihre Organisationen eigene Strukturen – einschließlich auf europäischer Ebene – schaffen, sondern schlicht um den Dialog zwischen Regierungen und Nationalstaaten.

– Drittens wird der Zwang des Kapitals zur Akkumulation kritiklos akzeptiert. Wachstum erscheint als Voraussetzung für Vollbeschäftigung und demokratische Modernisierung. Inwiefern soziale Ungleichheit, autoritäre ökonomische und politische Strukturen und Naturzerstörung gerade mit diesem Akkumulationszwang zu tun haben, wird nicht gefragt. Nicht überraschend werden daher auch die weltwirtschaftlichen Zwänge, vor allem die Konkurrenz, konzeptionell ausgeblendet und letztlich vollständig akzeptiert.

Der Begriff der Wirtschaftsdemokratie verkommt somit zu einer nahezu leeren Worthülle. Während in den Debatten der 70er Jahre die Eigentumsfrage zumindest am Rande angeschnitten wurde, wird nun vielmehr eine Versöhnung mit dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln gesucht. Über Mitarbeiterbeteiligung und Vermögensbeteiligungsmodelle sollen vorgeblich die Eingriffsmöglichkeiten der Lohnabhängigen gestärkt werden, tatsächlich werden sie und ihre Ersparnisse noch direkter an den Verlauf der Finanzmärkte gekoppelt.

In der Tat hat sich die Mitbestimmung als wirkungsvolles Modernisierungsinstrument erwiesen. Sie überbrückt Hierarchien, trägt zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Management und Beschäftigten bei, begünstigt Einigungsprozesse in schwierigen Situationen und verringert den Abstand zwischen oben und unten. Mitbestimmung trägt zur politischen Integration auf betrieblicher und Unternehmensebene sowie gesellschaftlicher Ebene bei. Zugleich sichert die Mitbestimmung den sozialen Frieden und ordnet die Beschäftigten den Unternehmenszielen unter (Demirovic 2006: 68f.). Im Kontext des verschärften globalen Wettbewerbs und einer Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Gewerkschaften wird das Co-Management durch Betriebsräte und Gewerkschaften zu einem wirkungsvollen Instrument der Disziplinierung und Unterordnung unter die Wettbewerbsstrategien des Unternehmens.

Arbeiterkontrolle und Rätekonzepte

Von der Arbeiterkontrolle...

Das Konzept der Arbeiterkontrolle stellt gewissermaßen die revolutionäre Alternative zur Wirtschaftsdemokratie dar. Die Arbeiterkontrolle beruht vollumfänglich auf der Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen und ist perspektivisch eng verbunden mit den in vielen revolutionären Bewegungen entstandenen Rätebewegungen.

Erste Hinweise für ein Konzept der Arbeiterkontrolle formulierte Marx in seiner Analyse der Pariser Kommune. Trotzki beschrieb in seiner Auswertung der Revolution von 1905 in Russland, die erstmals im großen Stile von der Entstehung von Räten von gekennzeichnet war, die lehrreichen Erfahrungen von Arbeiterkontrolle (Trotzki 1923). Lenin formulierte 1917 wenige Wochen vor der Oktoberrevolution wiederholt Vorschläge zur Arbeiterkontrolle (u. a. Lenin 1917). Ein Dekret nach der Machtübernahme bestätigte für eine kurze Zeit diese Orientierung. In Deutschland setzten die Beschäftigten 1918/19 in vielen Betrieben und Unternehmen Elemente der Arbeiterkontrolle durch, ebenso in Ungarn 1919. Während der Revolution in Spanien, namentlich in Katalonien, bildeten sich Arbeiterkomitees, die die Produktion kontrol-

lierten oder sogar steuerten.

Die antibürokratischen Revolutionen in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 brachten erneut Rätestrukturen mit Ansätzen von Arbeiterkontrolle hervor. In Polen entstand im Herbst 1981 eine Situation der beginnenden Doppelmacht mit Selbstverwaltungsstrukturen, bevor der Militärputsch die Bewegung unterdrückte. Auch in Westeuropa entwickelten sich aus Massenstreiks wiederholt Ansätze von Arbeiterkontrolle – so in Belgien 1960/61, Frankreich 1968, Italien 1969 und in Portugal 1974/75. In jüngerer Zeit entwickelten sich Ansätze von gesellschaftlicher Kontrolle und Selbstverwaltung im Zuge großer sozialer Bewegungen in Argentinien 2001/02 (Wildcat 2003), im mexikanischen Oaxaca 2006 sowie der gesellschaftlichen Veränderungen in Venezuela seit 2002 (Holm 2007). Ernest Mandel (1971a) hat viele, auch kaum bekannte, Erfahrungen mit Arbeiterkontrolle in einer umfangreichen Anthologie dokumentiert. Im Rahmen dieser unterschiedlichen Bewegungen wurde ein unschätzbare Erfahrungsschatz akkumuliert, der Hilfestellungen für heutige Konzepte bietet.

Der Ausgangspunkt des Konzepts der Arbeiterkontrolle sind Arbeitskämpfe um konkrete Verbesserungen der Lebensbedingun-

gen. Jeder entschlossen geführte Streik stellt die Herrschaft des Kapitals ansatzweise in Frage. Besonders wenn die Streikenden ihre Aktion weitertreiben und ihre Produktionsstätte oder ihren Bürokomplex besetzen, oder sogar wenn sie vom passiven zum aktiven Streik übergehen und die Arbeit unter eigener Regie wieder aufnehmen, stellen sie die Macht des Kapitals zunächst perspektivisch und dann sogar konkret in Frage.

Voraussetzung einer derartigen Dynamik ist die demokratische Organisation des Arbeitskampfes. Die Gesamtheit der Streikenden, seien sie Mitglied einer Gewerkschaft oder nicht, entscheidet in regelmäßig einberufenen Vollversammlungen demokratisch über den Verlauf ihres Kampfes und wählt ihre Delegierten für Verhandlungen und übergeordnete Streikzusammenschlüsse. Eine demokratische, auf die Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen gestützte Organisation, bietet den einzelnen Lohnabhängigen die Möglichkeit, die lang erlebte eigene Passivität und Unterordnung unter verschiedene «Autoritäten» zu überwinden, also selbst aktiv und zum Subjekt zu werden. Das ist Beginn und Voraussetzung der Selbstemanzipation. Die Erfahrungen aus verschiedenen Generalstreiks zeigen: Wenn sich demokratisch gewählte Streikkomitees nicht nur in einer Fabrik, sondern in einer ganzen Stadt oder

Region bilden und über gewählte Delegierte zusammenschließen, entstehen Ansätze von territorialen Arbeiterräten. Wenn sich solche Bewegungen verbreitern und verallgemeinern, entstehen Keime einer Doppelmacht. Die Räte eignen sich Machtbefugnisse an und werden von einem wachsenden Teil der Bevölkerung als Organe der Verwaltung der Gesellschaft anerkannt (Mandel 1971b: 12ff.).

Das Konzept der Arbeiterkontrolle kann wichtiger Bestandteil einer Strategie von Übergangsforderungen oder antikapitalistischen Strukturreformen sein. Übergangsforderungen wollen die alte Trennung oder gar regelrechte Mauer zwischen Sofortzielen (u. a. Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialgesetzgebung, Umweltbestimmungen, demokratische Rechte und Maßnahmen gegen Repression) und einer oftmals abstrakten, scheinradikalen Propaganda gegen das Kapital und den Staat und für Sozialismus im Allgemeinen überwinden (ausführlich in Mandel 1978: 283–321). Ausgehend von der gegebenen Unzufriedenheit der Lohnabhängigen und ihrem Bewusstseinsstand sollen Forderungen formuliert werden, die das bestehende Regime nicht ohne weiteres integrieren kann. Wenn die Lohnabhängigen von der Notwendigkeit eines Kampfes für solche Forderungen überzeugt sind, lassen sich Sofortforderungen mit einer weitergehenden, die Herrschaft des Kapitals überwindenden Perspektive verbinden (Mandel 1971b: 21f.).

Arbeiterkontrolle verlangt ein Vetorecht der Lohnabhängigen in Belangen, die ihre Existenz im Betrieb betrifft. Hierzu gehört auch die Forderung nach Offenlegung der Bücher. Sie will nicht zu einem institutionalisierten Bestandteil eines Systems der Mitbestimmung werden und ihre Klassenunabhängigkeit verlieren, sondern Lernprozesse und den Aufbau von Gegenmacht ermöglichen, und zwar in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive (vgl. Hoffmann 1975: 83).

Im Verlauf des Generalstreiks in Frankreich im Mai 1968 machten sich erstmals seit Langem wieder breitere Teile der Lohnabhängigen mit den Losungen des aktiven Streiks und des selbstverwalteten Streiks (*grève gestionnaire*) vertraut. In mehreren Produktionsstätten, darunter Elektronikbetriebe, Chemiewerke, Zementwerke, Automobilfabriken und sogar ein Atomkraftwerk, übernahmen Lohnabhängige vorübergehend Elemente der Betriebskontrolle, und es entstanden kleine Ansätze von Selbstverwaltung. Ein weitergehender Prozess ereignete sich Ende Mai 1968 in Nantes, wo Stadtteilkomitees zusammen mit dem zentralen Streikkomitee wichtige Versorgungsaufgaben übernahmen und sich sogar im Rathaus niederließen. Dabei spielten die Frauen der Streikenden eine zentrale Rolle. Zunächst widerwillig akzeptierten auch die Gewerkschaften die Zusammenarbeit mit den Stadtteilkomitees (Cahiers de Mai 1971). Die Besetzung der Uhrenfabrik LIP 1973 in Besançon zeigte die Möglichkeiten und Grenzen einer auf ein Unternehmen begrenzten Selbstverwaltung. Einerseits mobilisierten die Beschäftigten enormen Enthusiasmus und viel Energie, um den Betrieb und die Arbeit selbstbestimmt zu organisieren. Andererseits konnten sie auch nach einer Wiederbesetzung 1976 die Zerschlagung des Experiments nicht verhindern (Piaget 2008).

...zur Rätedemokratie

Verbreitert und verallgemeinert sich die Arbeiterkontrolle, so kann sie sich in Form von Räten zu einer betrieblichen und gar gesellschaftlichen Gegenmacht entwickeln. In jeder Revolution seit 1789 haben sich Räte gebildet. Die Räte waren die Keimform einer neuen Ordnung. Die Rätedemokratie ist bislang die vielleicht am

weitesten reichende Alternative zum parlamentarischen System und der bürgerlichen Herrschaft, die von der Arbeiterbewegung hervorgebracht wurde.

In der Pariser Kommune 1871 organisierte sich das Proletariat in räteähnlichen Organisationen und übernahm erstmals die Macht. Marx schrieb dazu: «Die Kommune war nicht eine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andre zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen» (Marx 1871: 541). Das Merkmal der Kommune, war «dass das Volk ... durch die Errichtung der *Kommune* die wirkliche Leitung seiner Revolution in seine eignen Hände genommen und gleichzeitig das Mittel gefunden hat, sie im Fall des Erfolgs in den Händen des Volkes selbst zu halten, indem es die Staatsmaschinerie, die Regierungsmaschine der herrschenden Klassen, durch seine eigne Regierungsmaschine ersetzt» (Marx 1871: 556).

Die Rätebewegung in Deutschland 1918/19 hat einige Fragen aufgeworfen, die für eine gegenwärtige Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung noch hoch aktuell sind. Trotz der raschen und nahezu gewaltfreien Machtübernahme im November 1918 dachten die Arbeiter- und Soldatenräte zunächst nicht daran, sich wirklich an die Stelle der alten Staatsmacht zu setzen (Hoffrogge 2009: 300). Nur die USPD und der Spartakusbund propagierten die Räte in der Perspektive einer sozialistischen Alternative. Die neu formierten Arbeiterräte versuchten, in den Betrieben ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht auszuüben. Koordinierte Sozialisierungen fanden nicht statt, obwohl verschiedene Räte versuchten, ihren Betrieb selbstständig zu sozialisieren. Die Kontrolle der Produktion durch Hand- und Kopfarbeiter sollte allein noch keine Sozialisierung bedeuten. Die Ausübung der Produktionskontrolle war als Schulung der Arbeiter in der Perspektive der Sozialisierung gedacht (von Oertzen 1971: 222f.).

Richard Müller und Ernst Däumig, beide aktiv in der USPD und bei den revolutionären Obleuten in Berlin, entwarfen als theoretische Köpfe der Rätebewegung in der neu gegründeten Zeitschrift *Arbeiter-Rat* nach der Niederlage 1919 das Gerüst einer Räterepublik, die das parlamentarische System ersetzen sollte. Ihre Aufmerksamkeit richtete sich jedoch weniger auf konkrete wirtschaftliche Fragen als auf die Formulierung grundlegender Prinzipien und des organisatorischen Aufbaus des «reinen Rätensystems». Eine von unten aufgebaute Pyramide von Arbeiterräten sollte vom Betrieb über die Industrie bis auf die nationale Ebene die unmittelbare Macht der Arbeiter über die Produktion und die Gestaltung der Gesellschaft artikulieren (Hoffrogge 2009: 300f.; vgl. von Oertzen 1971: 220).

Am Beispiel der Entwicklung der Räte 1918/19 zeigen sich einige grundsätzliche Probleme, die im Hinblick auf weitergehende sozialistische Alternativen zu lösen sind. Diese Probleme wurden von den bisherigen Rätebewegungen vernachlässigt (vgl. Demirovic 2009: 199ff.).

– Erstens müssen die Lohnabhängigen unmittelbare Mitspracherechte auch über die Produkte, die Erträge der Produktion, die Herrschaft über den Produktionsprozess und die Festlegung der allgemeinen Arbeitsbedingungen haben.

– Zweitens ist zu klären, welche Absprachen und Koordinationsmechanismen zwischen einzelnen Betrieben auf der Ebene der Industrien und der geografischen Einheiten den Markt ergänzen oder gar ersetzen können. Wie können Betriebsegoismen verhindert werden? Wie kann der gesellschaftliche Bedarf mittels bewusster Planung und Verwaltung befriedigt werden?

- Drittens ist zu klären wie der Widerspruch zwischen Produzent und Konsument gelöst werden kann. Eine Rätestruktur, die sich nur auf die Produktion stützt, bleibt höchst einseitig. Die massive Verschiebung der gesellschaftlichen Nachfrage zu den Dienstleistungen wirft die Frage auf, wie und welche Dienstleistungen für welche Bevölkerungsgruppen bereitgestellt werden. Über große Industrieanlagen, Infrastruktur- und Verkehrsprojekte wollen auch die Anwohner und weitere Betroffene entscheiden. Eine nicht zu unterschätzende Herausforderung liegt im Bereich der Technologieentwicklung. Wie kann eine gesellschaftliche Teilhabe an der Steuerung von Innovationsprozessen und Technologieproduktion organisiert werden?
- Viertens ist die Frage nach der Überwindung des parlamentarischen Systems nicht trivial. Inwiefern soll das auf einer territorialen Grundlage gewählte Parlament als gesetzgebendes Organ in einer Art doppelter Souveränität weiterhin politische Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entscheidungen der Räte definieren?
- Fünftens ist heute angesichts der global verflochtenen Weltwirtschaft sowie der komplexen transnationalen Produktions- und Innovationssysteme die Herausforderung größer als je zuvor, Kon-

zepte zu entwickeln, wie die Lohnabhängigen, die Konsumenten und weitere Betroffene gemeinsam diese transnationalen Verflechtungen demokratisch organisieren. Damit ist auch das Problem der weltweiten Einbindung regionaler und nationaler Ökonomien verbunden.

Zwischenfazit: Demokratisierung der kapitalistischen Ausbeutung oder für eine umfassende Emanzipation?

Die unterschiedlichen Konzepte und Strategievorschläge für eine Demokratisierung der Wirtschaft lassen sich hinsichtlich ihrer Transformationslogik und -dynamik in Strategien der kapitalistischen Modernisierung, der reformerischen oder reformistischen Transformation sowie der revolutionären Gegenmacht und Überwindung des Kapitalismus unterscheiden.

Die Vorschläge für eine Demokratisierung der kapitalistischen Wirtschaft in einer modernisierungs- oder reformorientierten Perspektive werden zumeist in Verbindung mit Vorstellungen einer keynesianischen Makrosteuerung auf nationaler und ansatzweise auch europäischer Ebene formuliert. Diese Orientierung geht einher mit der Idee der Neuaufgabe eines Gesellschaftsvertrags oder eines *New Deal*. Im Zuge der Krise haben keynesianische Re-

zepte seit 2008 eine Renaissance erlebt. Gegen eine derartige Perspektive sprechen zwei Argumente.

– Erstens reicht es nicht, sich nur den «neoliberalen Auswüchsen» des heutigen Systems zu widersetzen. Denn es gibt einen Zusammenhang zwischen diesen Auswüchsen, dem «Fehlverhalten» der Konzernführer und der eigentlichen Logik des kapitalistischen Systems und der ihm eigenen Klassenverhältnisse. Das Kapital muss um der Akkumulation willen akkumulieren und ist bestrebt, überdurchschnittliche Profite zu erzielen. Deswegen muss es sich den von den Lohnabhängigen erarbeiteten Mehrwert aneignen. Die globale Konkurrenz und die Macht des Finanzkapitals verschärfen diesen Zwang so stark, dass das Kapital auch wieder auf Mechanismen der «ursprünglichen Akkumulation» mit all ihren mehr oder weniger gewalttätigen Enteignungsprozessen zurückgreift (Harvey 2004; Chesnais 2004; Zeller 2004a).

– Zweitens ergibt sich daraus, dass die Zeiten des fordistischen Kompromisses vorbei sind. Eine Neuauflage in Form eines «post-neoliberalen Kompromisses» ist höchst unwahrscheinlich. Für eine keynesianische Reformpolitik besteht im Kontext des globalisierten, finanzdominierten Akkumulationsregimes kein ökonomischer Spielraum mehr. Der politische Druck für wirkliche Reformen muss jedoch so stark sein, dass er sich kaum noch unterscheidet von einem Kräfteverhältnis, das ein globales Projekt der gesellschaftlichen Transformation jenseits der bestehenden Eigentumsverhältnisse anzusteuern ermöglicht. Die Zeit des klassischen Reformismus und einer damit verbundenen Strategie für Wirtschaftsdemokratie ist auch vorbei, weil die (Verteilungs-)Spielräume für reformistische Politik so klein geworden sind, dass selbst die Durchsetzung kleiner Reformschritte oder sogar nur die Abwehr neoliberaler Angriffe schon die Machtfrage aufwerfen. Die tiefen Krisen in Griechenland, Spanien und Portugal illustrieren das eindrücklich.

Diese Gründe sprechen dafür, eine weitergehende antikapitalistische Strategie zu formulieren (vgl. Bensaïd 2003; Callinicos 2003; Zeller 2004b). In vielen Ländern lässt sich ein langwieriger und konfliktreicher Prozess der Neuzusammensetzung und Neuausrichtung einer pluralen Bewegung der Lohnabhängigen beobachten. Es gibt zahlreiche Fundstücke und Fundorte, die uns Anhaltspunkte darüber vermitteln, welcher Art eine neue Bewegung der Lohnabhängigen sein und wie sie sich formieren könnte. Bislang zersplitterte Bewegungen an ganz unterschiedlichen Orten auf der Welt praktizieren Formen der Selbstorganisation. Zentrales Kennzeichen einer Neuformierung ist dabei die Selbstorganisation der Lohnabhängigen in allen ihren Erscheinungsformen, sei es am Arbeitsort, am Wohnort oder um spezifische thematische Anliegen.

Eigentum, Sozialisierung, Demokratie und Planung

Die Forderung nach Sozialisierung und Planung der Wirtschaft wurde bislang nur in Ausnahmesituationen und scharfen Krisensituationen aufgeworfen. Was aber heißt Sozialisierung der Produktionsmittel? Wer sollen die kollektiven Eigentümer sein? Der Staat (national, regional) oder Kommunen (lokal)? Die Lohnabhängigen eines Betriebs ähnlich wie bei einer Genossenschaft? Welche neuen Formen kollektiven Eigentums könnten ins Auge gefasst und durchgesetzt werden? In welchem Verhältnis stehen Eigentum und Entscheidungsbefugnisse zueinander?

Die Perspektive der Sozialisierung stellt zugleich die Herausforderung der Planung. Planung ist auch ein wichtiges Instrument im

Kapitalismus. Die großen Konzerne wenden Planungsmethoden an, um angesichts des beschleunigten technologischen Wandels die Amortisation des fixen Kapitals und die Akkumulation neuen fixen Kapitals im Voraus planen zu können (Mandel 1971b). Im Zuge der zugespitzten oligopolistischen Rivalität versuchen transnationale Konzerne, Zentralisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsabläufen, Mittelbeschaffung, Ressourcenzuteilung und Outputplanung in einem transnationalen Kontext zu vereinen. Transnationale Projektteams, die sich regelmäßig treffen, organisieren Forschungs- und Innovationsprozesse auf transnationaler Ebene. Zugleich pervertieren die Konzerne diese Planungsprozesse und unterwerfen sie ihrem Streben nach Profitmaximierung. Dazu gehört auch, dass die Einbeziehung der Beschäftigten in solche Planungsprozesse vor allem dazu dient, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Kreativität anzueignen. Angeblich partizipative Managementkonzepte betreiben letztlich die Entfremdung der Beschäftigten von ihren Produkten, Arbeitsgeräten und Verfahren auf einer ausgeklügelten Ebene. Die Lohnabhängigen können weder ihren Platz im Arbeitsprozess noch die Organisation und Zielsetzung dieses Prozesses in irgendeiner Form bestimmen. Die Herrschaft des Kapitals hat zudem zahlreiche Planungs- und Steuerungsmechanismen auf der Makroebene etabliert – vor allem im Rahmen von Kriegswirtschaft, von keynesianischen Instrumenten der Makrosteuerung sowie von Industrie- und Technologiepolitik (Devine 1988: 29–54). Dennoch können Bestrebungen für neue Formen der Arbeiterkontrolle bei den gegenwärtig im Kapitalismus angewandten Planungsmethoden durchaus Hinweise finden für demokratische und sozialisierte Formen der Planung.

In der kapitalistischen Produktionsweise unter den Bedingungen der Konkurrenz erfolgt die Allokation der Ressourcen ex post über den Markt. Erst auf dem Markt zeigt sich, ob der Kapitaleigner das vorgeschossene Kapital für Arbeit und Produktionsmittel mit dem Verkauf der Ware wieder einfahren und den zuvor durch die Lohnabhängigen erarbeiteten Mehrwert realisieren kann. Ist das nur teilweise oder nicht der Fall, erfolgt nachträglich über den Markt eine Korrektur. Im Gegensatz dazu alloziert der Plan die Ressourcen ex ante gemäß zuvor definierten Kriterien und Zielen. Allerdings steht die Planung vor der Herausforderung, eine enorme Fülle unterschiedlichster Informationen und Wissensbeständen zu koordinieren.

Als Antwort auf das Scheitern der Staatskommandowirtschaften und auf die Widersprüche der Modelle des Marktsozialismus schlägt Pat Devine ein Modell partizipatorischer Planung durch ausgehandelte Koordination vor (Devine 1992). Er entwirft eine institutionelle Architektur, die eine sich selbst regierende Gesellschaft ermöglichen soll. Das ist eine Gesellschaft, in der die frei assoziierten Bürger – nicht nur die Produzenten – über die Verwendung des produktiven Potenzials der Gesellschaft entscheiden (Devine 2002: 72f.).

In einer sich selbst regierenden Gesellschaft beteiligen sich alle von einer Aktivität betroffenen Bürger an dem Entscheidungsprozess, der im Zusammenhang mit dieser Aktivität steht, und zwar im Verhältnis zu ihrer Betroffenheit. Die Menschen partizipieren durch eine Vielzahl von sich selbst verwaltenden und repräsentierenden Körperschaften und möglichst dezentralen Entscheidungsprozessen. Nationale, regionale und lokale Räte, die in einem Kontext von Parteienpluralismus gewählt werden, üben die politische Macht aus. Die wirtschaftlichen Aktivitäten werden von Produktionseinheiten durchgeführt, deren Aufsichtsräte sich wiederum aus

Vertretern all derjenigen zusammensetzen, die durch die Aktivität betroffen sind. Die Betriebe selbst funktionieren als von den Beschäftigten selbst verwaltete Produktionseinheiten (Devine 1988: 189ff.).

Devine argumentiert, dass sich jede Diskussion über eine sozialistische Organisation der Wirtschaft mit der Beschaffenheit von Wissen auseinandersetzen muss. Es geht nicht nur darum, dass Wissen je nach Raum und Zeit spezifisch verfügbar ist, wie das Hayek (1945) bereits gegen die Planung angeführt hatte, sondern darum, dass Wissen zu einem beträchtlichen Teil stilles Wissen (*tacit knowledge*) ist, das nicht kodifiziert und leicht transferiert werden kann. Dieses Wissen ist an spezifische Arbeitskontexte und ihre Teilnehmer gebunden und wird auch nur von diesen weiterentwickelt. Aber genau dieser Sachverhalt unterstützt das Argument für gesellschaftliches Eigentum (Devine 2002: 74f.).

Die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Eigentümer verändert sich je nach Bereich und Reichweite der Aktivität oder involvierten Entscheidung. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollen gesellschaftliches Eigentum und Entscheidungen möglichst auf lokaler und dezentraler Ebene definiert werden; also auf der Ebene, die denjenigen entspricht, die von dieser Aktivität und der Nutzung der Anlage betroffen sind. Das impliziert, dass ein Prozess der ausgehandelten Koordination auf allen Maßstabsebenen von der lokalen bis zur globalen je nach Eigenschaften und Erfordernissen eine bestimmten Aktivitäten stattfinden würde (Devine 2002: 75).

Die *partizipative Planung* ist eingewoben in ein politisches und ökonomisches System, das direkte und repräsentative Demokratie miteinander kombiniert. Im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen entscheiden die Bürgerinnen, gestützt auf alternative Makropläne, über die Prioritäten für die nächste Planungsperiode. Diese umfassen das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Investitionen sowie zwischen gesellschaftlichem und individuellem Konsum, wichtige strukturelle Entwicklungen in der kulturellen, städtischen, Verkehrs- und Umweltinfrastruktur, die geografische Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten und die Prioritäten in Forschung und Entwicklung.

Die Betriebe wären im gesellschaftlichen Eigentum jener, die von ihren Aktivitäten betroffen sind. Zu den Eigentümern würden also die Beschäftigten des Betriebs, andere Betriebe in derselben Produktionslinie, wichtige Zulieferer und Nutzer, die lokalen Gemeinden und Regionen, in denen sich das Unternehmen befindet, sowie allenfalls weitere Interessengruppen zählen. Diese gesellschaftlichen Eigentümer wären im Vorstand des Unternehmens vertreten, würden über die strategische Orientierung des Unternehmens befinden und die Aktivitäten der sich selbst verwaltenden Beschäftigten überwachen. Der Vorteil dieser Form gesellschaftlichen Eigentums, verglichen mit Unternehmen, die allein in Arbeiterhand sind, besteht darin, dass das stille Wissen aller betroffenen Gruppen in den Verlauf der Verhandlungen integriert werden kann (Devine 2002: 77f.).

Devines Modell ist eine interessante Antwort auf die Beschränktheit und mangelnde Flexibilität zentraler Planung. Die koordinierte Aushandlung und partizipative Planung weist zugleich auch weit über die Modelle des Marktsozialismus hinaus. Denn nicht über den Markt und chaotisch *ex post* sollen die Entscheidungen über Produktionsmittel koordiniert werden, sondern über partizipative Aushandlungsprozesse, die eine bewusste planmäßige *ex ante* Zuweisung der Ressourcen erlauben.

Das Modell erlaubt die Durchführung solcher Planungsprozesse auch in vertikal desintegrierten Industrien mit räumlich sehr

spezifisch lokalisierten Produktions- und Innovationssystemen. Das Modell ist also durchaus sensibel für räumlich komplex organisierte Wertschöpfungsketten und ist ein interessanter Beitrag zur gesellschaftlichen Planung in unterschiedlichen maßstäblichen Konfigurationen.

Gesellschaftliche Aneignung: mehr als Wirtschaftsdemokratie und Arbeiterkontrolle

Von der gesellschaftlichen Kontrolle zur gesellschaftlichen Aneignung

Die hier vorgestellte Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung integriert einzelne Vorschläge aus der Diskussion über die Demokratisierung der Wirtschaft in einer Logik, die den Konzepten der Arbeiterkontrolle und Übergangsforderungen nahe kommt. Die Skizze ist von Diskussionen über gesellschaftliche Aneignung in Frankreich inspiriert und greift Impulse aus den Rätebewegungen und den Modellen für partizipative Planung auf.

Der Begriff der gesellschaftlichen Aneignung geht auf Marx' Forderung nach einer kollektiven Aneignung der Produktionsmittel in der Perspektive der Emanzipation und Selbstbefreiung des Proletariats zurück. Marx formulierte sowohl die Form der staatlichen Aneignung als auch der genossenschaftlichen Aneignung, wobei letztere zunächst einen demonstrativen Charakter einnimmt und erst im Zuge der politischen Machtübernahme durch das Proletariat wirklich eine Perspektive ergibt (Maler 2003). Mit der gesellschaftlichen Aneignung ist die Frage verbunden, wie eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft durchgesetzt werden kann (Artous 2003).

Die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung wurde in Frankreich als doppelte Antwort auf die Erfahrungen mit den Nationalisierungen der Nachkriegszeit und während der ersten Phase der Präsidentschaft Mitterrands 1981–1984 einerseits, sowie mit den massiven Privatisierungen der Regierung Jospin seit 1997 andererseits formuliert (beides sozialdemokratische Regierungen). Ihr zentrales Anliegen ist es, die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle über ausgewählte Bereiche der Produktion und des Austauschs wieder in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken. Dabei wird bewusst auf den Begriff der Nationalisierung verzichtet, zumal öffentliches Eigentum auf lokaler, regionaler oder europäischer Ebene sogar sinnvoller sein kann. Die gesellschaftliche Aneignung ist eng mit dem Anliegen der demokratischen Gestaltung durch die Bürger verbunden und damit zugleich ein Instrument, die Bürgerrechte zu stärken (Andréani et al. 2002; vgl. auch Salesse 2001; Coutrot 2002).

Ausgangspunkt: Bedürfnisse

Die Formulierung einer emanzipatorischen Perspektive besteht aus mindestens drei Elementen: Ausgangspunkt sind die *individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse* auf regionaler, nationaler und globaler Ebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Daher ist theoretisch und praktisch ein *antikapitalistischer Bruch* zu formulieren, das heißt ein Bruch mit der Logik des Profits und der Konkurrenz sowie den Institutionen, die diese Logik garantieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der *demokratischen, gesellschaftlichen Aneignung* der wichtigsten Ressourcen und letztlich auch der zentralen Produktionsmittel. Ich verwende den Begriff der gesellschaftlichen Aneignung im dreifachen Sinne einer Methode, einer politischen Perspektive und einer realen Praxis. Anknüpfungspunkte gibt es in

zahlreichen konkreten Auseinandersetzungen. Zentraler Gedanke ist immer die Selbsttätigkeit der Betroffenen. Die folgenden Vorschläge zur gesellschaftlichen Aneignung versuchen, eine derartige Herangehensweise zu konkretisieren. Die meisten der hier genannten Vorschläge weisen über den Nationalstaat hinaus. Zu ihrer Verwirklichung sind mindestens die europäische Ebene, gegebenenfalls auch andere Maßstabebenen ins Auge zu fassen.

Zunächst sind die allerwichtigsten gesellschaftlichen Probleme aufzugreifen und eine Perspektive zu deren Lösung vorzuschlagen, die dazu beiträgt, dass sich die Lohnabhängigen, unabhängig davon wie prekär oder sicher sie angestellt sind, als Menschen sehen, die handeln, Kräfteverhältnisse verändern und somit in die Geschichte eingreifen können.

Kontrolle und Aneignung der Arbeitsbedingungen

Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und der Marginalisierung von Millionen von Menschen ist vordringend. Die Verallgemeinerung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Spaltung der Lohnabhängigen nach Nationalität, Geschlecht und Qualifikationsniveau verschlechtern die Lage aller Lohnabhängigen zusätzlich. Fünf Forderungen stehen im Vordergrund: die Einführung von Mindestlöhnen in ganz Europa mit einer schrittweisen Angleichung der Niveaus nach oben; eine radikale Arbeitszeitverkürzung – eine 32-Stunden-Woche – in ganz Europa; eine europäische Gesetzgebung, die Entlassungen verhindert; ein garantiertes Mindesteinkommen unabhängig vom Erwerbsstatus, das allen Menschen in Europa ein würdevolles Leben ermöglicht, sowie einheitliche Normen und Rechte bei den Sozialversicherungen. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Die Durchsetzung direkter Mitsprache der Beschäftigten bei Entscheidungen über Personalbesetzung, Leistungsvolumen, Eingruppierung, Verteilung von Prämien wären erste Elemente in Richtung einer Kontrolle durch die Lohnabhängigen, die mit der Er kämpfung umfassender Mitentscheidungskompetenzen bei Reorganisations-, Produkt- und Standortentscheidungen vertieft würde. Entsprechende Teilhaberechte auch für prekär Beschäftigte und Arbeitslose sind wichtige Schritte gegen die Spaltung der Lohnabhängigen.

Das schließt auch die Perspektive eines neuen politischen und gesellschaftlichen Bürgerrechts ein, das die gleichen individuellen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte für alle in Europa lebenden Menschen beinhaltet. Die Durchsetzung eines allgemeinen Rechts auf gesellschaftlich nützliche Arbeit zu gleichen Bedingungen steht im Zentrum der sozialen Frage. Der Kampf für diese Forderungen und deren Umsetzung ist mit dem Konstituierungsprozess einer neuen, pluralen Bewegung der Lohnabhängigen verbunden.

Gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Dienste und die Erweiterung der sozialen Infrastruktur

Strom- und Wasserversorgung, Post und Bahn wurden lange Zeit staatlich-administrativ geführt und waren damit scheinbar technisch-neutrale Angelegenheiten. Ihre Privatisierung und Unterwerfung unter die Marktprozesse hat die Dringlichkeit der demokratischen Kontrolle und Lenkung noch offensichtlicher gemacht (Demirovic 2006: 66). Die Perspektive einer gesellschaftlichen Aneignung kann am Widerstand gegen Privatisierungen ansetzen. Privatisierungen werden oftmals mit Effizienzsteigerung begründet. Diese steht jedoch in der Regel in Widerspruch zu den gesell-

schaftlichen Bedürfnissen. Die direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und Nutzer wird einen wirksameren Druck darstellen, Ressourcen nicht zu verschwenden, als das Streben nach maximalem privatem Profit.

Öffentliche Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sind, und Grätiseinrichtungen basieren auf einem Verständnis von «gleichen Rechten für alle». Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. «Umsonstkampagnen» können diese Grundidee praktisch aufgreifen und im Kleinen durchsetzen. Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat. Die Lohnabhängigen sind in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Ein echter Dialog zwischen den Benutzern/Bürgern – die bis jetzt nur als passive Konsumenten wahrgenommen worden sind – und dem Personal soll entwickelt werden. Dadurch können die Angebote sozial gestaltet und gleichzeitig deren Vielfalt garantiert werden.

Die Privatisierung der Altersvorsorge stellt eine besondere Herausforderung dar. Mit dem Schritt von der Umlagefinanzierung zur Kapitaldeckung und der Einführung privater Pensionsfonds werden Lohnabhängige systematisch gegeneinander gestellt. Damit erhalten Lohnabhängige, die in einen Fonds einbezahlt haben, ein unmittelbares Interesse an der Ausbeutung anderer Lohnabhängiger. Die Lohnabhängigen spalten ihr Interesse in das des Aktionärs, der eine gute Rente will, und in das des Lohnabhängigen, der einen guten Lohn, gute Arbeitsbedingungen und eine sinnvolle Arbeit will. Diese Ziele schließen sich unter den Bedingungen der privaten Profitmaximierung und der Konkurrenz aber gegenseitig aus (Lordon 2003). Eine vereinheitlichte Rentenkasse auf der Basis eines Umlageverfahrens mit einer breiten Bemessungsgrundlage und progressiven gestaffelten Beiträgen hingegen bietet die sicherste Finanzierungsgrundlage um dem Bedürfnis nach einem würdigen Lebensabend für alle Mitglieder der Gesellschaft nachzukommen. Angesichts der starken Mobilität der Lohnabhängigen sind die Systeme auf europäischer Ebene zu harmonisieren, so dass eine vollständige Freizügigkeit und Stellenwechsel ohne finanzielle Verluste möglich werden.

Die Ausweitung der sozialen Infrastruktur in Bereichen wie der Gesundheitsvorsorge, der Pflege und Betreuung, Verkehrs, des Wohnens, der Bildung und der Kultur trägt entscheidend dazu bei, die Lebensbedingungen für alle, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, zu verbessern. Sie ermöglicht ein vernünftiges gesellschaftliches Leben für alle. Die kostenlose oder für geringes Entgelt dargebotene Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die für alle gleichermaßen zugänglich sind, drängt die Warenform in diesen wichtigen Wirtschaftsbereichen zurück. Sie erweitert zudem für alle den Spielraum für Tätigkeiten, die nicht in Lohnarbeitsform erbracht werden (können) (vgl. links-netz 2010).

Im weiteren Sinne kann man auch die Stadt zur sozialen Infrastruktur zählen. Die Stadt ist umkämpft. Sie ist Objekt von Investitionen und finanziellen Anlageinteressen. Die Städte rivalisieren um Investitionen und die Ansiedlung von als strategisch erachteten Funktionen. Im Zuge von urbanen Restrukturierungen werden Bewohner aus ihren Lebensräumen vertrieben. Mit der Bedeutungszunahme des Finanzkapitals sind Städte und städtische Infrastruktur vermehrt in die Hände von privaten Unternehmen gefallen. Wohnungen und Geschäftslagen werden Finanzanlagen. Die Durchsetzung des Rechts auf Stadt durch ihre Bewohner ist ein zentraler Bestandteil einer Strategie der gesellschaftlichen Aneignung (vgl. Harvey 2008), die den öffentlichen Raum der Stadt ver-

teidigt, erweitert und ihn den Kapitalverwertungsinteressen entzieht. Die gesamte Gestaltung und Planung der Stadt, ihre Nutzung ist in die Hände der Bewohner zu legen. Damit ist auch die gesellschaftliche Aneignung des Bodens verbunden. Viele soziale Bewegungen (gegen Immobilienspekulation, Recht auf Wohnen, gegen Verkehrsprojekte, für Krankenhäuser usw.) sind zugleich urbane Bewegungen, die um die Gestaltung der Stadt kämpfen.

Gesellschaftliche Aneignung der Investitionen und der technologischen Entwicklung

Die Entscheidungen darüber *was, wo, wie* und *von wem* produziert wird, sind Schlüsselentscheidungen unserer Gesellschaft. Da sie mit den Investitionsentscheidungen zusammenhängen, liegen sie heute nahezu ausschließlich in den Händen der Unternehmen, also des Privatkapitals. Diese entscheiden nicht entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern gemäß ihren Profiterwartungen.

Die Einführung von Produktionskonzessionen könnte anstatt Investitionsentscheidungen demokratisieren. Diese Konzessionen werden lokal, national und kontinental von der betroffenen Bevölkerung diskutiert und per Abstimmung auf den angemessenen Maßstabebenen beschlossen. Die Unternehmen müssen sich an diese Konzessionen halten. So könnte zum Beispiel der Pharmaindustrie die Bedingung auferlegt werden, Medikamente für eine weltweite kostenlose Grundversorgung zu produzieren. Ähnliche Verfahren sind auf europäischer und internationaler Ebene für alle großen Sektoren der Wirtschaft denkbar. Die Diskussion dieser Konzessionen erfordert die ständige Mobilisierung von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen. Im Rahmen der Formulierung solcher Konzessionen können auch die Bedürfnisse ermittelt und ausgetauscht werden. Es kann darüber diskutiert werden, welche Ressourcen zur Befriedigung welcher Bedürfnisse prioritär bereitgestellt werden.

Es geht also darum zu überlegen, wie die Lohnabhängigen und die betroffene Bevölkerung sich in die Lage versetzen, sich diese Entscheidungen anzueignen. Eine weitergehende gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, dass die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend profitorientierter Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheidungen einer Gesellschaft erfolgt. Die Demokratisierung dieser Entscheidungsprozesse setzt eine Kombination von direktdemokratischen Mechanismen sowie klassischen und neuartigen Institutionen der repräsentativen Demokratie voraus. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die Lohnabhängigen sich in allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Ein weiterer Schritt wäre es, wenn die Lohnabhängigen und Bürger die Unternehmen und Konzerne kontrollierten sowie eine Offenlegung aller wesentlichen Informationen durchsetzen. Das könnte auch in strategisch wichtigen Unternehmen darauf hinauslaufen, Formen der gesellschaftlichen Kontrolle oder gar weitergehende Selbstverwaltung und Aneignung durchzusetzen. Letztlich sind die Entscheidungen über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten betroffenen Bevölkerung eines Territoriums und entlang der Wertschöpfungskette. Das von Devine (1988) vorgeschlagene Modell der ausgehandelten Koordination und partizipativen Planung bietet Hinweise, wie solche Entscheidungsprozesse organisiert werden können.

Die oben genannten Konzession und die Ansätze gesellschaftli-

cher Aneignung der Investitionsentscheidungen stellen die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel noch nicht total in Frage, aber sie unterwerfen den Einsatz der Produktionsmittel einer gesellschaftlichen Diskussion und demokratischen Entscheidungsfindung über die gewünschten Prioritäten der Gesellschaft. Diese Schritte deuten die Umriss einer sozialisierten Ökonomie an.

Die gesellschaftliche Aneignung technologischen Wissens und die demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungspfade stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Auseinandersetzungen über Kernenergie, Biotechnologien und den Zugang zum Internet sowie über die Ausdehnung intellektueller Eigentumsrechte haben die Sensibilität gegenüber dem Herrschaftscharakter von Technologien geschärft. Selten werden diese Diskussionen aber im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Aneignung technologischer Entwicklungspfade geführt. Die demokratische Gestaltbarkeit technologischer Entwicklungen hängt direkt mit der demokratischen Souveränität über die Investitionen zusammen. Die Gewerkschaften sind diesen Fragen gegenüber immer noch nahezu blind. Würde der Gebrauchswert von Industriezweigen und Technologien in den Mittelpunkt gerückt, stünde man schnell auch vor der Frage, wie eine Konversion nicht erwünschter Produktionsbereiche in die Wege geleitet werden könnte. Viele Tätigkeiten – zu allererst die Rüstungsindustrie – sind schädlich oder nutzlos, andere können zusammengefasst oder völlig neu organisiert werden. Diese Konversionsdebatten und die damit zusammenhängenden Fragen der industriellen und ökonomischen Entwicklung in ganzen Regionen können nicht auf regionaler, kaum auf nationaler, sondern letztlich nur auf transnationaler oder europäischer Ebene angepackt werden.

Den Konzernstrategien der industriellen Restrukturierung, die der Maximierung des Profits und des *shareholder value* unterliegen, muss eine ausgehandelte Organisation der kooperativen Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen nationalen Innovations- und Produktionssystemen gegenüber gestellt werden. Ohne koordinierte Planung auf europäischer Ebene, die von den Lohnabhängigen Europas ausgehandelt wird, geht das nicht. Letztlich trifft die gesellschaftliche Aneignung der Investitionsentscheidung den Kern der Eigentumsfrage. Die private Verfügungsgewalt über die großen und strategischen Produktionsmittel kann nicht länger ein Tabu bleiben. Allerdings kann das öffentliche und kollektive Eigentum mehrere Formen auf unterschiedlichen Maßstabebenen annehmen (vgl. Devine 1988; 2002).

Natur

Grundsätzlich stützt sich eine emanzipatorische Perspektive auf die Position, dass die Reichtümer des Planeten der gesamten Menschheit gehören. Um deren Nutzung zu organisieren, können spezifische, an bestimmte Bedingungen geknüpfte Nutzungsrechte geschaffen werden. Diese Bedingungen sind von der betroffenen Bevölkerung zu diskutieren und entscheiden. Solche Konzessionen stellen die private Verfügung über die Produktionsmittel noch nicht direkt in Frage. Die gesellschaftliche Aneignung der natürlichen Ressourcen ginge darüber hinaus. Doch stellen sich ungelöste Fragen: Welche Ressourcen gehören welcher Öffentlichkeit? Wem gehören die Bodenschätze eines Territoriums? Der lokalen Gemeinschaft, dem Nationalstaat oder vielleicht gar der Menschheit, die allerdings nicht als solche kollektiv verfasst ist? Die Reduktion des Treibhauseffekts wirft nicht nur das Problem der Eigentums- und Verfügungsrechte über die Orte der Extraktion des

Kohlenstoffs und der Emissionsvorgänge, also die Produktions- und Konsumorte, sondern auch der Eigentumsrechte über die Kohlenstoffsenken, also die Orte, die den Kohlenstoff wieder binden. Zur Lösung derartiger Probleme sind transnationale oder gar globale Verfahren der ausgehandelten Koordination und partizipativen Planung zu entwickeln.

Aneignung und Umbau des Finanzsektors

Die zerstörerische Wirkung des Finanzkapitals macht die gesellschaftliche Aneignung der strategischen Finanzunternehmen zu einem Schlüsselanliegen. Die Abschaffung der Steuerparadiese und die Besteuerung des Reichtums würde eine Umverteilung von Einkommen zugunsten der mehr oder weniger prekär beschäftigten Lohnabhängigen ermöglichen. Damit könnten auch oben genannte Maßnahmen wie die Verhinderung von Entlassungen, Mindestlöhne und eine Arbeitszeitverkürzung finanziert werden. Ein weiteres Ziel ist es, die sogenannte «Unabhängigkeit der Zentralbanken» zu beenden und die Europäische Zentralbank in eine Bank zur Finanzierung europäischer Investitionen in Infrastruktur umzuwandeln.

Anstelle der «Verstaatlichung» hoch verschuldeter Institute respektive der Abwälzung ihrer Schulden auf die Gesellschaft sollten Vorschläge und Szenarien ausgearbeitet werden, die in die Richtung einer Zerschlagung der Großbanken, des kompletten Umbaus des Bankenwesens unter öffentlicher Kontrolle und schließlich seiner Aneignung durch die Gesellschaft weisen. Die Einrichtung verschiedener gesellschaftlicher und öffentlicher Eigentumsformen und die Zuweisung von Krediten entsprechend der demokratisch diskutierten, gesellschaftlichen und industriellen Prioritäten würden die Bedingungen für die Finanzierung gesellschaftlich erwünschter Infrastrukturprojekte schaffen und damit auch die Erwerbslosigkeit ausrotten.

Die bereits erwähnte Überführung der Altersversicherungen und Pensionsfonds in ein Umlageverfahren würde den Zustrom von Geldkapital in die Finanzmärkte deutlich abschwächen. Mit Ausnahme von Fonds zur Finanzierung gesellschaftlich erwünschter Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte oder von Projekten der internationalen Kooperation könnten die nutzlosen Investmentfonds abgeschafft werden.

Partizipative Planung und Institutionen

Jede emanzipatorische Perspektive muss sich mit dem Problem der Maßstäbe auseinandersetzen. Da große Konzerne global agieren, die Arbeitsteilung international strukturiert ist und die Mobilität der Lohnabhängigen in Europa und anderswo stark angestiegen ist, sind Alternativen transnational, bei uns mindestens auf europäischer Ebene zu formulieren.

Je nach Sachlage, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften ist die Erstellung von Dienstleistungen und die Produktion von Gütern öffentlichen Interesses auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren. Die Organisation des öffentlichen Verkehrs und der Eisenbahn liefert ein Beispiel für einige Schlüsselfragen, die sich auch in vielen anderen Industrie- und Dienstleistungssektoren stellen: Der öffentliche Personennahverkehr ist in den meisten Fällen regional abzustützen und zu organisieren. Der Verkehr zwischen den urbanen Zentren Europas ist jedoch national und europäisch zu organisieren. Infrastruktur und Transportmittel können den Staaten, Regionen, Städten oder einer Vereinigung derselben gehören. Die Organisation des Angebots wird von Selbstverwaltungsstrukturen

der Beschäftigten, Fahrgastverbänden und gewählten politischen Instanzen angeleitet und beaufsichtigt. Im Zuge einer demokratischen Diskussion wird ermittelt, welche Bedürfnisse vorliegen, welche prioritär bedient werden und welche Ressourcen zur Leistungserstellung eingesetzt werden.

Das Beispiel zeigt, dass das öffentliche Eigentum in anderen Maßstäben organisiert werden kann als die unmittelbare Organisation der Angebote und Dienste. Öffentliches Eigentum kann alle Formen zwischen kommunalem Eigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer Ebene umfassen. Eine europäische oder gar globale Perspektive ist nicht die Addition der nationalen Projekte, sondern die transnationale Synthese eines emanzipatorischen Projekts.

Das Konzept einer rein betrieblichen Selbstverwaltung ist zu beschränkt, denn die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion, auch der Dienstleistungsproduktion, kann nicht nur durch die Beschäftigten eines Unternehmens erfolgen. Jenseits der betrieblichen Interessen, die die Beschäftigten eines Unternehmens in der Regel primär verfolgen, ist eine ganze Reihe weiterer Erwägungen und Kompetenzen zu berücksichtigen. So sind die Konsumenten und Einwohner eines Territoriums in die Aufgaben der gesellschaftlichen Kontrolle einzubeziehen. Strategische Orientierungen eines großen Betriebs oder einer ganzen Industrie sind durch politische Instanzen zu diskutieren und zu bestimmen. Dabei muss insbesondere der Gefahr der Persistenz alter oder der Entstehung neuer Technokratien und Bürokratien vorgebeugt werden. Das zentrale Problem ist zweifellos die Zugänglichkeit zu Informationen, Kompetenzen und zu stillem Wissen (tacit knowledge). Wie kann die bestmögliche Information der beteiligten sozialen Kräfte, Organisationen und Individuen gewährleistet werden? Wie können Lernprozesse begünstigt und der Umgang mit Unsicherheit und sich rasch verändernden Entscheidungsbedingungen verbessert werden?

Planung ist zunächst politisch. Die Ausarbeitung von Plänen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen entspringt einem doppelten Prozess: erstens der Debatte der Bürger über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcenzuteilungen; zweitens der Debatte der Produzenten, die darüber befinden, wie die großen Entscheidungen umzusetzen sind. Die betrieblichen und territorialen Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung sind zu verknüpfen mit den bestehenden Formen parlamentarischer Demokratie sowie mit Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. In diesem Sinne ist auch darüber nachzudenken, wie die Bevölkerung Europas demokratisch über Schlüsselfragen der Ressourcenverwendung entscheiden kann.

Ungelöst ist die Frage, wie sich die Erfordernisse und Logiken der zentralen nationalen und transnationalen Planung mit den Planungen in kleineren oder sogar größeren Räumen und in einzelnen Industriesektoren verknüpfen und harmonisieren lassen, ohne einen überdimensionierten bürokratischen Apparat zu schaffen. Die Einrichtung einer gewählten öffentlichen Instanz für Wirtschaftsregulierung könnte dazu dienen, einerseits die Bedürfnisermittlung zu leiten und andererseits die Grundzüge der Ressourcenzuteilung beschließen. Diese Versammlung für Wirtschaftsregulierung könnte während einer Übergangszeit beispielsweise auch die Grundzüge des oben genannten Konzessionswesens gestalten und den jeweiligen Bedingungen anpassen.

Eine Lehre der bisherigen Ansätze von Arbeiterkontrolle und der Rätebewegungen der Vergangenheit ist, dass die neuen Strukturen der gesellschaftlichen Kontrolle schon bald mit den alten

Staatsorganen um Anerkennung und Durchsetzungsmacht ringen. Die Repräsentanten der alten Ordnung haben bislang ihre Positionen nie freiwillig geräumt. Erlangen die neuen Räte-, Selbstverwaltungs- und Koordinationsorgane eine gesamtgesellschaftliche Durchsetzungsmacht, entsteht eine Situation der Doppelmacht. Wenig deutet darauf hin, dass eine derartige Konstellation langfristig bestehen kann. Die neuen Organe stehen also vor der Frage ihre Macht zu behaupten, letztlich durchzusetzen und damit die alten staatlichen und nichtstaatlichen Instanzen zu entmachten.

Schlussfolgerungen: für eine neue plurale Bewegung der Lohnabhängigen

Die Debatte über eine Demokratisierung der Wirtschaft bietet Anknüpfungspunkte für eine weitergehende Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung. Jedoch weisen Vorstellungen wie beispielsweise Vermögensbeteiligung und Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenskapital in eine verhängnisvolle Entwicklung. Derartige Modernisierungsvorschläge verfolgen das illusionäre Ziel, ökonomische Demokratie mit Kapitalherrschaft zu versöhnen. Die Folge ist eine Schwächung der Lohnabhängigen. Die Konzepte der Arbeiterkontrolle und die Rätebewegungen betonen zu Recht die Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen und den Aufbau von Gegenmacht, bieten jedoch zu wenig Anhaltspunkte für eine umfassende gesellschaftliche Kontrolle von Produktion, Infrastruktur, natürliche Ressourcen und Reproduktion.

Die hier vorgeschlagenen Schritte haben einen Doppelcharakter. Sie sind Reformen, zugleich verfügen sie über eine inhärente Logik, die der Logik des Kapitalismus widerspricht, eine Logik der gesellschaftlichen Aneignung gegenüber der Logik der Enteignung, Entmündigung und Unterwerfung. Die Vorschläge plädieren dafür, die Demokratie radikal auszuweiten; sie zielen auf die Durchsetzung einer vollständigen politischen und ökonomischen, letztlich gesamtgesellschaftlichen Demokratie. Die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung soll dazu beitragen, die verschiedenen Proteste gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen konzeptionell zu bündeln und ein umfassendes antikapitalistisches Projekt zu formulieren. Diese Skizze will anhand einiger Vorschläge aufzuzeigen, dass eine konsequente Perspektive der gesellschaftlichen Transformation durchaus an aktuellen Auseinandersetzungen ansetzen kann und letztlich realistischer ist als die Suche nach einem neuen sozialen Kompromiss.

Die Herausforderung besteht darin, die Antworten europäisch und transnational zusammenzuführen und schrittweise ein europäisches Programm einer pluralen Bewegung der Lohnabhängigen für gesellschaftliche Aneignung zu entwickeln. Gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, dass Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. Diese Alternativen sollen in ihrer Dynamik zu einer gesellschaftlichen Transformation beitragen, welche die Logik der privaten Profitmaximierung, Aneignung und Konkurrenz überwindet. Alltagskämpfe und Reformen verbinden sich mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt der gesellschaftlichen Transformation und mit einer libertären und sozialistischen Alternative, die sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt.

Lohnabhängige hören dann ansatzweise auf, Lohnabhängige zu sein, die nur von den Entscheidungen des Kapitals abhängig sind,

und beginnen, freie Arbeitende zu werden, die ihre Arbeits- und Kommunikationsinstrumente gemeinsam kontrollieren. Die Warenform wird perspektivisch in Frage stellt. Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen und Macht.

LITERATUR

Andréani et al. 2002

T. Andréani et al., *L'appropriation sociale*, Paris 2002.

Artous 2003

A. Artous, «*Démocratie et émancipation sociale*», in: *Marxisme et démocratie. Les Cahiers de Critique Communiste*, Paris 2003, S. 9–59.

Bensaïd 2003

D. Bensaïd, *Le nouvel internationalisme contre les guerres impériales et la privatisation du monde*, Paris 2003.

Bontrup 2006a

H.-J. Bontrup, «Die Wirtschaft braucht Demokratie», in: H.-J. Bontrup et al. (Hg.), *Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus*, Hamburg 2006, S. 10–48.

Bontrup 2006b

H.-J. Bontrup, «Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus», *Utopie kreativ*, Nr. 186, S. 299–310.

Cahiers de Mai 1971

«*Volksmacht in Nantes*», in: E. Mandel (Hg.), *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie*, Frankfurt 1971, S. 9–11.

Callinicos 2003

A. Callinicos, *An Anti-Capitalist Manifesto*, Cambridge 2003.

Chesnais 2004

F. Chesnais, «Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite», in: C. Zeller (Hg.), *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster 2004, S. 217–254.

Coutrot 2002

T. Coutrot, «Appropriation sociale: les impasses de la Fondation Copernic», *ContreTemps* Nr. 5, S. 129–135.

Demirovic 2006

A. Demirovic, «Demokratie, Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Zum aktuellen Diskussionsstand», in: H.-J. Bontrup et al. (Hg.), *Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus*, Hamburg 2006, S. 54–92.

Demirovic 2009

A. Demirovic, «Rätedemokratie und das Ende der Politik», *Prokla*, Nr. 155, S. 181–206.

Devine 1988

P. Devine, *Democracy and Economic Planning. The Political Economy of a Self-governing Society*, Boulder, Col., 1988.

Devine 1992

P. Devine, «Market Socialism or Participatory Planning?», *Review of Radical Political Economics*, Nr. 24, S. 67–89.

Devine 2002

P. Devine, «Participatory Planning Through Negotiated Coordination», *Science & Society*, Nr. 66, S. 72–85.

Harvey 2004

D. Harvey, «Die Geographie des <neuen> Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung», in: C. Zeller (Hg.), *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster 2004, S. 183–215.

Harvey 2008

D. Harvey, «Right to the City», *New Left Review*, Nr. 53, S. 23–40.

Hoffmann 1975

R. Hoffmann, «Formen, Bereiche und Grenzen einer Demokratisierung industrieller Entscheidungsprozesse in der Privatwirtschaft», in: F. Vilmar (Hg.), *Industrielle Demokratie in Westeuropa*, Reinbek 1975, S. 78–88.

Hoffrogge 2009

R. Hoffrogge, «Die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt – Sozialismuskonzepte und deutsche Arbeiterbewegung 1848–1920», *Prokla*, Nr. 155, S. 287–305.

Holm 2007

A. Holm (Hg.), *Revolution als Prozess. Selbstorganisation und Partizipation in Venezuela*, Hamburg 2007.

Lenin 1917

W.I. Lenin, «Eine der Kernfragen der Revolution» (1917), in: *Werke*, Bd. 25, Berlin 1972, S. 378–386.

links-netz 2010

«Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur», www.links-netz.de/pdf/T_links-netz_soepol.pdf.

Lordon 2003

F. Lordon, «Aktionärsdemokratie» als soziale Utopie?, Hamburg 2003.

Maler 2003

H. Maler, «Les figures de l'appropriation sociale chez Marx», in: *Marxisme et démocratie. Les Cahiers de Critique Communiste*, Paris 2003, S.11–54.

Mandel 1971a

E. Mandel (Hg.), *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie*, Frankfurt 1971.

Mandel 1971b

E. Mandel, «Einleitung», in: E. Mandel (Hg.), *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie*, Frankfurt 1971, S. 9–55.

Mandel 1978

E. Mandel, *Revolutionäre Strategien im 20. Jahrhundert*, Wien 1978.

Marx 1871

K. Marx, «Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich« (1871), in: K. Marx/ F. Engels, *Werke*, Bd.17, Berlin 1973, S. 493–571.

Piaget 2008

C. Piaget, «LIP oder die Macht der Fantasie», *SoZ – Sozialistische Zeitung*, Nr. 5, Mai 2008, S. 8.

Salesse 2001

Y. Salesse, *Réformes & Révolution. Proposition pour une gauche de gauche*, Marseille 2001.

Schuler 2010

C. Schuler, «Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung. Zu einer solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus», *isw report 79*, München 2010.

Trotzki 1923

L. Trotzki, *Die Russische Revolution 1905*, Berlin 1923.

Vilmar 1975a

F. Vilmar, «Industrielle Demokratie – gegen ihre Gegner von rechts und links» verteidigt. Eine Einführung», in: F. Vilmar (Hg.), *Industrielle Demokratie in Westeuropa*, Reinbek 1975, S. 7–25.

Vilmar 1975b

F. Vilmar, «Wirtschaftsdemokratie. Theoretische und praktische Ansätze, entwickelt auf der Basis des Gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms in der BRD», in: F. Vilmar (Hg.), *Industrielle Demokratie in Westeuropa*, Reinbek 1975, S. 26–78.

Vilmar 2006

F. Vilmar, «Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativer Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren», www.memo.uni-bremen.de/docs/m3206.pdf.

von Oertzen 1971

P. von Oertzen, «Betriebsräte in der Novemberrevolution 1918/19», in: E. Mandel (Hg.), *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie*, Frankfurt 1971, S. 220–225.

Wildcat 2003

«Eine Fabrik in Patagonien. Zanon gehört den Arbeitern», Beilage zu *Wildcat*, Nr. 64, S. 30.

Zeller 2004a

C. Zeller, «Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus?», in: C. Zeller (Hg.), *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster 2004, S. 61–125.

Zeller 2004b

C. Zeller, «Zur gesellschaftlichen Aneignung», in: C. Zeller (Hg.), *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster 2004, S. 295–313.

«Wir wollen, dass das Geld in der Region bleibt»

Regionale Kreisläufe helfen gegen die Krise.

Ein Gespräch mit SIEGHARD BENDER

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie spielt heute im links-gewerkschaftlichen Diskurs wieder eine wichtige Rolle – es stellt sozusagen einen Anker dar für Diskussionen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen, die im Hier und Jetzt ansetzen und machbar erscheinen. Dabei handelt es sich nicht um eine geschlossene Konzeption; die Vorstellungen, die sich damit verbinden, variieren je nachdem, wie praktisch die Herausforderungen

sind und an welcher Stelle sie entstehen.

Vom unmittelbaren Druck getrieben, einem durch die Krise drohenden Massensterben kleiner und mittelständischer Unternehmen in der baden-württembergischen Metallindustrie vorzubeugen, stellt SIEGHARD BENDER, I. Bevollmächtigter der IG Metall Esslingen, Überlegungen an, wie er Investitionsmittel loseisen kann, um in der Krise Arbeitsplätze zu erhalten – auch mit Hilfe neuer Produktpaletten, die die Klima- und Umweltkrise gebietet. Solche in der IG Metall eher randständigen Initiativen sind lebendige Beispiele für die Nahtstelle zwischen einem intelligenten Konjunkturprogramm, das auch ein kapitalistischer Staat fördern könnte, und dem

Bestreben, an die Stelle der blanken Vernutzung von Mensch und Natur eine andere wirtschaftliche Logik zu setzen. Das Gespräch führte Angela Klein.

■ Die IG Metall Esslingen hat 2009 ihre Mitglieder aufgerufen, vor der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zu demonstrieren. Das ist ungewöhnlich...

Wir wollten darauf aufmerksam machen, dass die Banken, die soviel Geld aus dem Rettungspaket bekommen haben, dieses Geld nicht zu angemessenen Zinsen der Realwirtschaft zur Verfügung stellen, sondern weiter damit spekulieren. Wir wurden in der Praxis bestätigt, auch die Landesbank war an Spekulationen in Griechenland beteiligt.

Da wir nicht konzeptionslos sind, haben wir die Landesregierung, die Landesbank und auch die Abgeordneten schon im Frühjahr auf die prekäre Eigenkapitalsituation der Mittelständler in der Krise aufmerksam gemacht und darauf, dass wir als Gegenmodell einen Regionalfonds vorschlagen.

Der Hintergrund ist der: Unsere Kolleginnen und Kollegen zahlen heute für die zusätzliche Altersvorsorge jedes Jahr eine Menge Geld, das geht an die Allianz nach München. Die spekuliert damit, kauft die Dresdner Bank davon, und wenn es schief geht, springt der Steuerzahler ein.